

Faire Steuern für Familien

Der Kanton Bern hat ein strukturelles Defizit. Die Ausgaben liegen deutlich über den Steuereinnahmen. Trotz einschneidenden Kürzungen bei Bildung und Sozialem können neue Schulden wohl nicht verhindert werden. Die Zukunftsprognosen sehen düster aus. Nun eröffnet sich die Chance, die unverantwortliche Steuersenkung mit einer familienfreundlichen Umverteilung rückgängig zu machen und so dem Kanton mehr Handlungsspielraum zu geben für einen fairen Service Public.

Der Familie, als Lebensgemeinschaft mehrerer Generationen, gebührt nach wie vor ein besonderer Schutz. Sie vermittelt für die Gesellschaft und den Staat zentrale Werte von Bedeutung. Je länger je mehr sind es die finanziellen Belastungen, die zum Verzicht auf die Gründung einer Familie führen. Familien sind auch deshalb finanziell zu privilegieren und zu entlasten.

Fairness und Solidarität

Diese „Steuererhöhungsinitiative“ sei eine Mogelpackung, argumentieren die Gegner. Für sie stehen seit (Wahl-) Jahren Steuersenkungen um jeden Preis im Vordergrund ihrer Steuerpolitik. Dies hat nur mit Schutz von Eigeninteressen auf Kosten der Allgemeinheit zu tun, jedoch gar nichts mit Solidarität und Fairness. Solidarität und Fairness sind für mich aber zwei ganz wichtige Grundlage im Umgang miteinander. Und die Initiative appelliert an diese beiden Punkte.

Die Fairness der Initiative besteht darin, dem Kanton jene Mittel zurückzugeben, die er für den Service public, die Bildung und das Gesundheitswesen braucht. Dies kommt allen gleichermassen zugute. Dabei wird von Alleinstehenden und Besserverdienenden verlangt, ihre Steuern wieder auf dem Niveau von 2010 zu bezahlen.

Solidarität wird gezeigt, in dem Familien entlastet werden. Der mit der letzten Steuergesetzrevision von 6300 Franken auf 7000 Franken angehobene Kinderabzug soll auf 8000 Franken erhöht werden. Damit würden vor allem Familien mit mittleren und tiefen Einkommen entlastet. Dies geht aus den Tabellen b. und c. auf Seite 32 der Abstimmungsbotschaft hervor. Zu einer Mehrbelastung führt die Änderung dann, wenn die Erhöhung des Kinderabzuges die Mehrbelastung aus der Tarifierhöhung nicht kompensieren würde. Bei einem Kind kippt die +/- Situation bei CHF 90'000 Bruttolohn, bei 2 Kindern bei CHF 150'000. Also, je mehr Kinder, desto höher die Schwelle, ab welcher die Entlastung zu einer Belastung wechselt. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich eine deutliche Mehrheit der Familien im Bereich der Entlastung befindet.

In diesem Punkt geht der Gegenvorschlag ja noch weiter als die Initiative. Trotzdem lehne ich diesen vehement ab, weil er den Kanton gesamthaft noch mehr kostet statt entlastet und dies durch Einsparungen, an welchen vor allem wieder die Familien leiden würden, kompensiert werden müsste.

Deshalb:

Faire Steuern – für Familien: ein überzeugtes Ja zur Initiative, auch bei der Stichfrage.

Marianne Streiff, Nationalrätin EVP